

**Rede  
des Sprechers für Netzpolitik**

**Maximilian Schmidt, MdL**

zu TOP Nr. 2a

Aktuelle Stunde

**Über 100 Milliarden Euro Mehreinnahmen – den An-  
kündigungen von Entlastungen der Bürger müssen  
jetzt Taten folgen**

Antrag der Fraktion der FDP – Drs. 17/6444

während der Plenarsitzung vom 14.09.2016  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Grascha, als Sie gerade gesprochen haben, habe ich an den Spruch von Heinz Erhardt gedacht: „Das Reh springt hoch, das Reh springt weit. Warum auch nicht – es hat ja Zeit!“

Ich glaube nicht, dass man in dieser steuerpolitischen Debatte so holzschnittartig argumentieren kann. Ich glaube, dass man das insbesondere als FDP nicht tun kann.

Ich habe mir Ihre Pressemitteilungen aus der jüngsten Zeit angeguckt, gerade die von Ihnen. Die zeigen schon in den Überschriften das Dilemma auf. 9. August - wie heute -: Herr Grascha fordert Steuersenkungen. - 17. August: Herr Grascha fordert: 2017 - Nettokreditaufnahme Null. - Ebenfalls 17. August: Herr Försterling fordert mehr Lehrerstellen. - 25. August: Herr Oetjen fordert zusätzlich 1.000 zusätzliche Stellen bei der Polizei. - 9. September: Herr Grascha fordert mehr Geld für Sprachförderung.

Wissen Sie, es gibt nicht zwei oder drei Realitäten - es gibt eine. Man muss die Dinge in Verantwortung zusammenbringen.

Man kann sich nicht auf der einen Seite hier hinstellen und Steuersenkungen in gigantischem Maße fordern und gleichzeitig jeden Tag - tagein, tagaus - Investitionen fordern und als Drittes noch sagen, dass wir die schwarze Null schneller schaffen sollen, als es überhaupt möglich ist. - Das passt einfach nicht zusammen. Ich finde, Sie sollten es unterlassen, so zu argumentieren.

Meine Damen und Herren, unser Weg in Niedersachsen ist klar: Wir werden den ersten Haushalt in der Geschichte ohne neue Schulden beschließen, und wir machen zugleich weiter mit Investitionen in Bildung, in Innere Sicherheit und in die Unterstützung unserer Kommunen.

Wir machen das mit einer Weitsicht, weil wir nicht glauben, dass es ewig niedrige Zinsen geben wird, und weil wir Vorsorge treffen und uns dort nicht überheben.

Alles das muss man zusammenbringen. Das ist ein klarer und realistischer Kurs in der Haushaltspolitik, meine Damen und Herren.

Zu dem, was hier heute in Rede steht, und zu dem, was Herr Schäuble vorgeschlagen hat, möchte ich aber auch sehr deutlich sagen - an dieser Stelle stimme ich Ihnen ausdrücklich zu -: Ich halte den Vorschlag zur Erhöhung des Kindergeldes um 2 Euro für eine Farce. Ich glaube, dann kann man es auch lassen.

Gerade gestern ist im *Tagesspiegel* ein wirklich sehr eindringlich mahnender Kommentar erschienen: Knapp jedes siebte Kind in Deutschland unter 18 Jahren lebt in Armut, lebt in einer Familie, die auf staatliche Leistungen angewiesen ist. Der *Tagesspiegel* hat das kommentiert mit: „Armut in einer reichen Gesellschaft ist der manifestierte Egoismus der Besitzenden“.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen eines: Solange es in Deutschland Kinderarmut gibt und solange es nicht gleiche Bildungschancen für alle gibt, können wir nicht pauschal über Steuersenkungen diskutieren. Wir müssen in unserem Land über Bildungsinvestitionen reden!

Sie haben auch das Thema Generationengerechtigkeit angesprochen. Ich will Ihnen ganz deutlich sagen: Jungen Menschen bringt heute ein ausgeglichener Haushalt nichts, wenn zugleich Schulen nicht saniert sind, wenn es keine Schulsozialarbeit gibt, wenn man sich Bildung schlicht deshalb nicht leisten kann, weil man den ÖPNV nicht bezahlen kann, und vieles andere mehr. Wir müssen heute investieren. Die schwarze Null auf dem Papier bringt der jungen Generation gar nichts, wenn sie heute keine Chancen hat. - Auch das ist von Ihnen holzschnittartig argumentiert.

In der Debatte zur Steuerpolitik, die jetzt kommt, muss man, glaube ich, eines nach dem anderen tun. Herr Schäuble hat etwas gemacht, was einigermaßen skurril ist. Er hat, schon bevor die Zahlen des Existenzminimumberichts vorliegen, Vorschläge für Steuerrechtsänderungen gemacht. Man muss sich im Dezember angucken, wie der Existenzminimumbericht aussieht, und auf dieser Sach- und

Grundlage muss man dann den Einkommensteuertarif anpassen. Das ist so auch verfassungsrechtlich geboten. Wir als Sozialdemokraten meinen aber, dass es dabei nicht bleiben kann. Wir müssen, wenn wir über steuerliche Entlastungen reden, über diejenigen reden, die sie wirklich brauchen. Das sind in unserem Land Familien und insbesondere Alleinerziehende, aber eben nicht die Besserverdienenden.

Deswegen: Wenn Sie pauschal über Steuersenkungen reden, dann reden Sie doch auch einmal ehrlich über diejenigen, die sie wirklich brauchen. Wenn wir Kinderarmut bekämpfen wollen, wenn wir Bildungschancen verbessern wollen, dann müssen wir Familien und gerade Alleinerziehende entlasten.

Das hätte ich mir von Ihnen in Ihrer heutigen Rede gewünscht. Schönen Dank.